



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Rückblicke und Ausblicke auf die soziale Frage : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Flügel führenden Hauptthores zugestanden. In dem von ihm selbst bewohnten Teile des Palastes hat der Kaiser aber noch keinen Ausländer empfangen. Die nächste Audienz wird möglicherweise dem Nachfolger des jetzigen deutschen Gesandten erteilt werden, weil Herr von Brandt im Frühling leider seinen Abschied nehmen will.

Wenn der neue Gesandte ein paar Kriegsschiffe mit hierher bringen könnte, so würde sich jeder Deutsche in Ostasien darüber freuen. Es muß immer wieder auf die höchst ungenügende hier stationirte deutsche Marinemacht hingewiesen werden. Von unsern beiden Kanonenbooten überwintert eins gewöhnlich in Tientsin, sodaß dann mehrere Monate nur ein einziges kleines Kriegsschiff wirklich verwendbar ist. Dies ist in unruhigen Zeiten, die leicht einmal wieder eintreten können, viel zu wenig zur nachdrücklichen Wahrung der großen Handelsinteressen, die das deutsche Reich in Ostasien zu vertreten hat. Übergroße Sparsamkeit könnte sich hier einmal bitter rächen.



Rückblicke und Ausblicke auf die soziale Frage

(Schluß)



ürst Bismarck hat den Reichstag oft und bitter angeklagt, daß in ihm das Fraktionsinteresse jedes andre überwiege. Neuerdings hat er seine Klagen noch dahin erweitert, daß dem Reichstag in wirtschaftlichen Fragen ein festes Rückgrat fehle (Handelsverträge). Beide Klagen sind berechtigt und werden von der überwiegenden Mehrheit des Volkes geteilt. Auch die Männer des neuen Kurses haben sich wiederholt darüber beschwert, daß das Fraktionsinteresse im Reichstage das nationale Interesse überwiege. So berechtigt aber diese Klagen an und für sich sind, so unberechtigt würde es sein, die Reichstagsmitglieder dafür verantwortlich zu machen. Der Grund liegt nicht in den Personen, sondern in der Einrichtung. So lange diese nicht geändert wird, werden die Klagen nicht aufhören.

Europa steht heute in dem Zeichen der sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Die politischen Fragen waren der Traum unsrer politischen Kinderjahre. Sie sind vom Volke längst in den Rumpelkasten geworfen worden, in den sie gehören. Denn die Erfahrung aller Kulturstaaten hat den unwiderleglichen Beweis geführt, daß das Wohl der Völker nicht von politischen Formen und von Verfassungsfragen abhängt. Nur in unsern Volksvertretungen spielt der

alte Blunder von Liberal, Fortschritt, Konservativ, Reaktionär seine Rolle weiter. Der Abgeordnete soll gesetzlich das ganze Volk vertreten. Dies ist nichts als eine sinnlose und unmögliche Einbildung. Denn selbst der begabteste Parlamentarier ist nicht imstande, sich das Gesamtinteresse des Volkes aus dem Wirrwarr der Tageskämpfe heraus zu destillieren und zu vertreten, auch wenn er den besten Willen dazu mitbrächte. Und wenn er es vermöchte, würde er doch stets der Versuchung unterliegen, seine persönlichen Überzeugungen, Neigungen und Interessen mit dem Gesamtinteresse des Volkes zu verwechseln und dieses dagegen zurückzusetzen. Gewählt wird der Abgeordnete auf Grund von Stichwörtern wie liberal und konservativ, die längst ihre Bedeutung verloren haben, mithin auf die eigentliche Abstimmung mehr und mehr einflußlos geworden sind. Daß sich aber der Wahlkampf fortgesetzt um theoretische Forderungen dreht, die jedes praktischen Inhalts entbehren, und bei denen sich schließlich jeder alles denken kann, hat notwendig zur Folge, daß sich an der Wahl vorzugsweise die Klassen der Bevölkerung beteiligen, die außerhalb der praktisch wirtschaftlichen Kreise des Volkes stehen, und deren Denken und Thun sich wesentlich auf abstrakte Dinge richtet. Die weitere notwendige Folge ist, daß sich unsere Volksvertretungen vorzugsweise aus Juristen, Professoren, Beamten u. s. w. zusammensetzen. Wo unter ihnen ausnahmsweise eine Interessenvertretung vorkommt, ist sie in verschiedenen Fraktionen zersplittert, die sich feindlich gegenüberstehen, und deren parlamentarische Hauptaufgabe darin besteht, sich gegenseitig zu bekämpfen und sich Mandate abzurufen. Hierdurch wird für die im Parlament vereinzelt vorhandenen Interessengruppen die letzte Möglichkeit genommen, sich zusammenzuschließen und zu einer wirksamen Vertretung ihrer Interessen zu gelangen. Thatsächlich vertreten unsere Abgeordneten nur sich selbst, die Fraktionsführer entwickeln sich zu kleinen Dynasten, sie halten die Reden, kommandieren die Abstimmungen, geben die Parole aus. An sie richten sich die Wünsche aller derer, die an das Parlament ein Ansuchen zu stellen haben. Der Handel und Schacher geschieht nach dem bekannten Grundsatz *Do ut des*, der einzelne Abgeordnete tritt nur in die Erscheinung, wenn er spezielle Wünsche hat, Sekundärbahn, Garnison u. s. w., für die sich der Fraktionschef nicht festlegen will, und das Ende vom Ganzen ist — Panamafschwindel en gros. Es ist nur ein günstiges Zeichen von der moralischen und wirtschaftlichen Gesundheit unsers Volkes, daß der deutsche Parlamentarismus von dieser letzten Folge des Prinzips bisher frei geblieben ist.

Man hat häufig gesagt: Der Konstitutionalismus hat sich überlebt. Das ist richtig, insofern man darunter lediglich seine jetzige einseitig politische Gestaltung versteht. Ganz falsch wäre es, daraus zu folgern, daß sich die Volksvertretung überhaupt überlebt habe, und daß die Zukunft für absehbare Zeit wieder dem absoluten Staatsgedanken gehöre. Die richtige Folgerung aus

jener Thatsache kann vielmehr nur dahin führen, daß man den jetzigen politischen Scheinkonstitutionalismus beseitigt und zu einer wirklichen Volksvertretung umgestaltet. Dann wird ihr auch das vom Fürsten Bismarck vermißte feste Rückgrat nicht fehlen.

Wir fragen nun: Ist es möglich, an Stelle des gegenwärtigen Konstitutionalismus eine wirksame Interessenvertretung des Volkes auf Grund der heutigen Gesellschaftsklassen zu schaffen, und wie müßte diese beschaffen sein? Wir glauben, daß man diese Fragen ohne große Schwierigkeit mit ja beantworten kann.

Wir erinnern zunächst an die frühere ständische Verfassung fast aller deutschen Staaten, deren Nachklänge sich auch heute noch in den verschiedenen Provinzial- und Kreisordnungen Preußens erkennen lassen. Alle diese ständischen Verfassungen hatten zu ihrer Grundlage Interessenvertretung der damaligen wirtschaftlichen Hauptgesellschaftsklassen: Ritterschaft, gewerbtreibende Städte und landbautreibende Landbevölkerung. Diese alten Stände haben sich allerdings überlebt, und es wäre unsinnig, ihren abgestorbenen Leib galvanisiren und zu neuen Schöpfungen erwecken zu wollen. Der Grundgedanke jener ständischen Verfassung aber ist heute noch eben so wahr wie früher, und wenn sich die Entwicklung unsrer politischen Verhältnisse auf dem gegebenen geschichtlichen Unterbau ruhig hätte weiter vollziehen können und nicht in den Jahren 1830 und 1848 gewaltsam durch fremde Einflüsse unterbrochen worden wäre, so wären wir längst im Besitze dessen, was wir nun erst gedrängt von der Not der Zeit wieder auffuchen und aufbauen müssen.

Inzwischen ist die soziale Entwicklung des Volkes so riesenhaft fortgeschritten, daß sich für die unvermeidlich gewordne Neugestaltung unsrer Staats- und Gesellschaftsordnung schon jetzt die nötigen Unterlagen gewinnen lassen. Unser Volk zerfällt gegenwärtig im wesentlichen in folgende große Berufsklassen: Großhandel und Großindustrie, Kleinhandel und Kleingewerbe, Landbau, Kirche, Schule, Gelehrte, Beamte und Rentiers mit allen sogenannten unproduktiven Berufsklassen, Arbeiterstand. Ihre Gruppierung ergibt die deutsche Berufsstatistik. Teilweise sind für diese Berufsklassen schon Organisationen geschaffen; wir nennen z. B. die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung. Auf dieser Grundlage könnte eine wirksame Interessenvertretung aufgebaut werden, sobald ihre Notwendigkeit zur Rettung unsrer haltlos gewordenen Zustände erst klar erkannt und den Massen zur Überzeugung geworden wäre.

Es liegt uns fern, auf diese ungeheuer wichtige Frage hier näher einzugehen. Mögen sich berufnere daran wagen. Nur einige allgemeine Bemerkungen möchten wir daran knüpfen.

Die Monarchie wird durch diesen Gedanken in keiner Weise berührt. Vielmehr möchten wir hervorheben, daß sich staatliche und gesellschaftliche Neu-

organisationen von so gewaltiger Tragweite, wie wir sie hier angedeutet haben, nur unter der Führung eines willensstarken und dem Interessentkämpfe der einzelnen Gesellschaftsgruppen vollständig entrückten Monarchen ruhig und sicher vollziehen können. Dies möchten wir Herrn Bebel und seinen Fraktionsgenossen, die von der republikanischen Staatsform das Heil erwarten, noch besonders entgegenhalten. Die letzten Erfahrungen der großen französischen Republik, die auf dem Stimmrecht aller Zwanzigjährigen beruht, könnten den Herren Sozialdemokraten eine heilsame Lehre geben, wenn sie aus der Geschichte überhaupt lernen wollten.

Ganz unberührt bleibt ferner das allgemeine Wahlrecht, das bei einem andern Verlauf der Dinge kaum aufrecht zu halten sein würde. Sogar eine Erweiterung auf alle zwanzigjährigen „Staatsbürger“ würde dadurch nicht ausgeschlossen werden, denn ein zwanzigjähriger Maurergeselle, der über seine Interessen abzustimmen hat, würde immer noch eine glücklichere Figur abgeben, als ein fünfundzwanzigjähriger Schneider, der das „Gesamtinteresse“ des Volkes vertreten soll. Sogar die Frage des Frauenstimmrechts wäre teilweise im Bebel'schen Sinne lösbar, da es wohl unbedenklich sein würde, den selbständigen Frauen innerhalb ihrer Berufsklasse ein Stimmrecht einzuräumen.

Nur auf diesem Wege kann der jetzige Konflikt zwischen Staat und Gesellschaft ausgeglichen werden, den Bebel im Auge hat, wenn er für sein Zukunftsreich den Staat verwirft und durch eine Gesellschaftsordnung ersetzen will. Es war das keineswegs eine bloße Wortklauberei, wie Herr Richter meint, vielmehr liegt der unbestreitbar richtige Gedanke zu Grunde, daß die Staatsorganisation der gesellschaftlichen Entwicklung folgen muß, wenn beide nicht in einen unlösbaren Widerspruch geraten sollen, der stets zur Revolution führen wird. Denn der Staat ist niemals Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck, und während eine bürgerliche Gesellschaft ohne politische Staatsorganisation sehr wohl denkbar ist, wird es niemals einen Staat ohne Gesellschaft geben.

Hiermit möchten wir das rein politische Gebiet verlassen und uns nun zu den Anforderungen wenden, die wir auf dem wirtschaftlichen Gebiete zur Lösung der sozialen Frage zu stellen haben.

Die soziale Frage ist, wie wir gezeigt haben, aus der völligen Desorganisation der Volkswirtschaft entstanden, die wir dem Liberalismus und der modernen Technik zu verdanken haben. Nun, zu dem Loche, wo die Geister hereingekommen sind, da müssen sie auch wieder hinaus, wenn wir sie loswerden wollen!

Die erste und wichtigste Aufgabe eines auf die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der gesellschaftlichen Berufsclassen des Volkes gegründeten Reichsvertretung wird es sein, die Produktion von neuem zu organisieren und den wüsten Kampf aller gegen alle soweit als möglich zu beseitigen. Wir

verlangen mit Bebel möglichste Regelung der Produktion, um sie in einen ruhigen, stetigen Gang überzuleiten, ohne die jetzigen Schwankungen zwischen wahnwitziger Hauffe und gänzlichem Niedergang mit ihrem Gefolge von Arbeitsstocfung und Massenelend. Das ist des Pudels Kern in der ganzen sozialen Frage! Ohne diese Regelung müssen wir darauf verzichten, den Massen unsers Volkes eine gesicherte, ruhige und befriedigte Existenz zu verschaffen, ohne die wir sie mit der bestehenden Gesellschaftsordnung niemals versöhnen werden. Die bisher angewandten Mittel, die Unzufriedenheit der Massen zu bekämpfen, namentlich das sogenannte Klebegefes, sind dieser Forderung gegenüber eitel Spielerei. Das letzte hat die Lage des Arbeiterstandes nur verschlimmert, indem es ihm eine jährliche Steuer von fünf bis siebeneinhalb Mark aufzwang für Vorteile, deren Wert zu schätzen dem aus der Hand in den Mund lebenden Arbeiter nicht beschieden ist. So wenig wie sich der Arbeiter durch einen Hinweis auf die himmlische Zukunft über das Unbefriedigende seines irdischen Daseins trösten läßt, ebenso wenig wird er dieses Dasein über dem Versprechen einer Alters- und Invalidenversorgung vergessen, die die wenigsten von ihnen erleben. Thatsächlich enthält das Invalidengesetz nur eine neue größere Besteuerung des Arbeiterstandes an Stelle der eben erst aufgehobnen Einkommensteuer. Sich davon eine Versöhnung der Arbeitermassen zu versprechen, das konnte nur einer Volksvertretung begegnen, deren Mitglieder eben ohne Fühlung mit dem Volke sind. Das erste, was der Arbeiter verlangt, ist eine gesicherte Existenz für sich und seine Familie; erst wenn wir ihm diese bieten, wird sich allmählich wieder Beruhigung in den aufgeregten Massen einstellen. Ohne Regelung der Produktion läßt sich aber dieses Ziel nie erreichen. Die Bedingung einer solchen aber ist der Übergang von der bisherigen internationalen Weltwirtschaft zu einer wirklich nationaldeutschen Wirtschaftspolitik. Daher nochmals: Organisation der Arbeit, Regelung der Produktion ist das A und O der sozialen Frage.

Wie hat man sich nun diese zu denken? Nicht im Sinne Herrn Bebels, der die Welt in ein großes Arbeitshaus verwandeln möchte; nicht im Sinne von Ackermann und Genossen, die von einer Wiederbelebung mittelalterlicher gewerblicher Formen und Einrichtungen eine Besserung der sozialen Frage erwarten; nicht im Sinne gewisser Staatssozialisten, die den Staatsbetrieb auf alle größern Gewerbe ausdehnen wollen; nicht durch Aufhebung der gegenseitigen Konkurrenz; nicht durch Aufhebung der Freizügigkeit; nicht durch Aufhebung der Gewerbefreiheit. Sondern durch eine dem Volkswohl entsprechende Beschneidung der Auswüchse der Konkurrenz, dadurch, daß man es aufgiebt, das Hin- und Herfluten der Arbeitermassen aus einem Teile Deutschlands in den andern auf jede denkbare Weise noch zu erleichtern und auf Kosten der übrigen Staatsbürger zu unterstützen, endlich durch Beschränkung der Gewerbefreiheit auf dem Gebiete der Großindustrie, dem ausschlaggebenden Gebiete der

heutigen Volkswirtschaft, das sich bisher bei seiner bis in die höchsten Regierungskreise herrschenden Verehrung als „Nährmutter“ des Volkes der staatlichen Beeinflussung fast ganz entzogen hat. Es gehört zu den Unbegreiflichkeiten der modernen Gesetzgebung, daß die Gewerbeordnung für eine ganze Anzahl der unschuldigsten Geschäfte Konzessionspflicht vorschreibt, der Großindustrie aber gestattet, nach Belieben in jede Gemeinde mit Tausenden zusammengewürfelter Arbeiter einzubrechen, das Gemeindeleben, die Kirche, die Schulen zu zertrümmern und schließlich die angehäuften Menschenmassen, sobald der periodische Krach eintritt, der Gemeinde, dem Kreise, dem Bezirk zu überlassen, damit sie von diesen vom Hungertode gerettet werden. Wir verlangen daher, um es rund heraus zu sagen, in Zukunft Konzessionspflicht für jede neu zu errichtende Fabrik, sowie für jede Erweiterung bestehender Fabrikanlagen. Wir verlangen, daß zu diesem Zweck in jeder Provinz eine volkswirtschaftliche Behörde eingesetzt werde, die die Erteilung der Konzession abhängig zu machen hat erstens von der Prüfung der Bedürfnisfrage; zweitens davon, daß alle für die Arbeiterschaft nötigen Wohlfahrtseinrichtungen an gesunden Einfamilienwohnungen, die mit Garten und Ackerland auszustatten wären, an Schulen u. s. w. beschafft werden und ihre Unterhaltung sicher gestellt werde; drittens, daß die Anhäufung der Fabriken und Arbeitermassen dadurch vermieden werde, daß für jede neu zu gründende Fabrik ein gewisses Entfernungsmaß zu der nächsten bestehenden Fabrikanlage vorgeschrieben wird.

Um diese Forderung näher zu erläutern, wählen wir folgendes Beispiel. Man denke sich, es wäre möglich, die Stadt Berlin mit ihren unzähligen Fabriken und Arbeitsstätten wie eine Häufersackel, die man den Kindern zu Weihnachten schenkt, auseinanderzunehmen und die einzelnen Betriebsstätten in Kilometerentfernung über die Provinz Brandenburg zu verteilen. Man wird zugestehen müssen, daß die Industrie dadurch infolge unsrer entwickelten Verkehrsmittel für ihren Betrieb kaum etwas verlieren würde, was nicht durch Ersparungen an Anlagekapital und an Arbeitslöhnen reichlich ersetzt würde. Man wird aber auch zugestehen müssen, daß durch eine solche Zerlegung der Industrie der sozialen Frage für Berlin die Spitze abgebrochen wäre, daß wir mithin durch eine einfache Maßregel der Baupolizei einen großen Teil der jetzigen sozialen Schwierigkeiten hätten vermeiden können. Diesen Vorteil möchten wir der zukünftigen industriellen Entwicklung sichern.

Wir erkennen an, daß nur eine aus Sachkundigen zusammengesetzte Provinzialgewerbebehörde mit der Konzessionsprüfung betraut werden könnte. Wenn es schon jetzt keine Schwierigkeiten hat, unter den Regierungsbeamten einen brauchbaren Gewerbebezernten zu finden — wir dürfen dies dem Herrn Kultusminister Boffe aufs Wort glauben —, so wird man selbstverständlich darauf verzichten müssen, die hier geforderten ausgedehnten gewerbepolizeilichen Befugnisse einer bloßen Verwaltungsbehörde zu

übertragen; vielleicht ließe sich der Provinzialrat zu einem wirklichen Provinzialgewerberat erweitern.

Man wird vielleicht erwidern, daß eine Prüfung der Bedürfnisfrage bei Anlegung und Erweiterung von Fabriken unausführbar sei. Wir können diese Ansicht nicht teilen, so wenig wir die Schwierigkeiten verkennen. Wenn schon jetzt jeder kleine Stadt- und Kreisauschuß imstande ist, über die Bedürfnisfrage bei Errichtung neuer Gast- und Wirtschaftsbetriebe zutreffend zu entscheiden, so wird es auch möglich sein, volkswirtschaftliche Organe zu schaffen, die hierzu auch hinsichtlich des industriellen Großbetriebes befähigt sind. Je mehr unsere Industrie von dem Weltmarkt verdrängt und auf die Befriedigung des nationalen Wirtschaftsbedarfs beschränkt wird, um so einfacher wird sich die Frage gestalten, um so besser wird es gelingen, der jetzt herrschenden wüsten Anarchie auf dem Gebiete der industriellen Produktion ein Ziel zu setzen und sie allmählich in geordnete Bahnen überzuleiten. Mögen die Vertreter der Großindustrie mit ihren zahlreichen Anhängern in Parlament und Regierung gegen unseren Vorschlag noch so sehr wüten, wir bleiben dabei: man darf die kleinen Diebe nicht hängen und die großen laufen lassen; was für jeden Gast- und Schankwirt recht und billig ist, kann für die Großindustrie nicht ungerecht sein. Alle Bier- und Brauereiwirtschaften Deutschlands zusammengenommen können sittlich und wirtschaftlich nicht so viel Verheerungen anrichten, wie sie jede einzelne der großen periodischen Industriefrisen über uns ausbreitet.

Richtig ist, daß auch durch Einführung des Konzessionszwanges diese Krisen nicht vollständig beseitigt werden würden. Um dies Ziel zu erreichen, bedarf es einer weiteren Regelung der Produktion nach dem Bedarf wenigstens für die Industrien, deren Produktion eine ungemessene Steigerung gestattet. Eine solche Regelung liegt aber im Interesse der Industrien selbst und ist teilweise schon jetzt unter der Herrschaft des wildesten Konkurrenzjagens durch vertragmäßige Konsortienbildung angebahnt. Sollte es wirklich unmöglich sein, diese Konsortienbildung gesetzlich zu regeln und auf diesem Wege die Organisation der Arbeit nach dem Bedarf zu erreichen, für die Welt kein anderes Mittel weiß, als den rohen Einspruch der obersten Leitung, die jede Freiheit und jede wirtschaftliche Selbständigkeit vernichtet? Auch hier wird die fortschreitende Verengung des sogenannten Weltmarktes zu Hilfe kommen und die Erreichung des Zieles erleichtern.

Immerhin wird es für die Übergangszeit bis zur vollständigen Erreichung des Zieles notwendig sein, zum Schutz der Arbeiter Bestimmungen zu treffen, um diese gegen die Gefahren vorübergehender Krisen sicher zu stellen. An einem Beispiel fehlt es nicht. Die Großgrundbesitzer des Ostens sind bekanntlich gesetzlich verpflichtet, ihren Arbeitern auch dann Wohnung und Unterhalt zu gewähren, wenn sie ihrer Arbeit nicht bedürfen. Nun, was für den pommerischen

Rittergutsbesitzer gerecht und billig ist, kann für die Barone der Großindustrie nicht ungerecht sein. Wer das nicht vertragen kann, der mag seinen Betrieb rechtzeitig einstellen — ein Rat, den die Herren Richter und Rickert schon hundertmal den klagenden Grundbesitzern des Ostens erteilt haben. Der Staat hat ebenso wenig das Recht wie die Pflicht, die Menschenopfer, die die Großindustrie schafft, ihr abzunehmen und auf die Schultern des Volks abzuwälzen. Viel richtiger erscheint es uns, die Großindustrie der einzelnen Provinzen gesetzlich zu einem gemeinsamen Arbeiterhilfsverband unter öffentlicher Kontrolle zu vereinen und dadurch ihre Arbeitermassen gegen vorübergehende Arbeitsstockungen sicherzustellen.

Noch erübrigt es, die Frage zu untersuchen, ob und wie die bestehende Kluft zwischen Kapital und Arbeit, zwischen „Arbeitgebern“ und Arbeitern überbrückt werden soll.

Herr Bebel wird mit dieser Frage leicht fertig, er konfisziert das Kapital und macht die Besitzer zu besitzlosen Arbeitern. Das bedeutet aber nichts weniger, als die Lösung in einem allgemeinen Blutbad suchen, dessen Ausgang die Welt auf die niedrigsten Kulturstufen zurückschrauben würde, denn mit dem Eigentum hat jede Kultur erst begonnen. Herr Bebel leugnet dies zwar und will alles von der „natürlichen Entwicklung“ erwarten. Herr Liebknecht war ehrlich genug, einzugestehen, daß die natürliche Entwicklung einer kleinen sozialdemokratischen Nachhilfe bedürfen würde, die selbstverständlich nur darin bestehen kann, daß Besitzer, die ihr Eigentum nicht freiwillig hergeben wollen, durch Gewalt davon befreit werden. Denn selbstverständlich ist kein Sozialdemokrat so einfältig, anzunehmen, daß die Klasse der Besitzenden, die Gott sei Dank die überwiegende Mehrheit des Volkes bilden, ihr mühsam erungnes Eigentum gutwillig hergeben und an die Herren Nichtbesitzer überlassen werden. Wer es haben will, der mag nur kommen, um es zu nehmen: er wird mit blutigem Kopfe zurückgewiesen werden. Der Säbel und die Kugel werden schließlich entscheiden. Wie diese Entscheidung aber ausfallen wird, das kann bei dem Zahlenverhältnis der Besitzenden und der Nichtbesitzenden nicht zweifelhaft sein. Den Besitzern kann es jederzeit recht sein, wenn der Versuch gemacht wird — er würde die besitzende Welt auf Menschenalter hinaus von allen sozialdemokratischen Schmerzen befreien. Wenn daher die besitzende Klasse ihre Lebensaufgabe daransetzt, den Kampf zu vermeiden, so geschieht es wahrhaftig nicht in ihrem Interesse, sondern im Interesse der armen Simpel, die auf die Bebel'sche Leimrute gegangen sind.

Das alles ist so selbstverständlich, daß es fast lächerlich erscheinen kann, wenn man darüber noch ein Wort verliert. Die große reaktionäre Bande, wie die Herren Sozialdemokraten die besitzenden Klassen zu tituliren belieben, müßte wirklich bis ins letzte Mark verdorrt sein, wenn sie mit Herrn Bebel und seinen jungen und alten Anhängern der neuesten Wissenschaft nicht leicht fertig werden

wollte. Traurig ist es nur, wenn Männer in dieser furchtbar ernstesten Sache eine Heuchelei treiben, die nur die Grünsten der Grünen täuschen kann. Gibt es denn gar keine Verantwortung für solchen Schwindel?

Der Babelsche Vorschlag zur Versöhnung von Kapital und Arbeit kann also auf sich beruhen. Wir schlagen den entgegengesetzten Weg zur Lösung vor: wenn wir die Kapitalisten nicht zu Arbeitern herunterdrücken können, so wollen wir den Versuch machen, die Arbeiter zu Kapitalisten zu erheben! Mancher wird hierzu bedenklich den Kopf schütteln. Wir bitten aber, erst zu hören und dann zu schütteln.

Wir denken uns die Sache in folgender Weise. Wenn ein Plantagenbesitzer der nordamerikanischen Südstaaten vor 1863 eine Zuckerplantage mit hundert Schwarzen errichten wollte, so erforderte der Ankauf seiner Arbeiter ein Anlagekapital von 100 000 Dollars. Wenn dagegen ein Bewohner der Nordstaaten eine cotton-mill mit hundert freien Arbeitern errichtete, so ersparte er dieses Anlagekapital, denn es wurde ihm von der bürgerlichen Gesellschaft unentgeltlich zur Verfügung gestellt. In dieser Lage befindet sich heute jeder industrielle Unternehmer. Die Gesellschaft liefert ihm sein gesamtes Arbeitskapital unentgeltlich und fordert dafür weder Zinsen noch Abnutzungskosten, nimmt es sogar, wenn es verbraucht ist, umsonst zurück und trägt dafür noch die spätern Unterhaltungskosten. Nun fragen wir: Ist das vom volkswirtschaftlichen Standpunkte berechtigt? ist es vom menschlichen Standpunkte zu verantworten? Wir müssen beide Fragen entschieden verneinen. Die zweite, weil die materielle Lage des freien Arbeiters dadurch unter den Standard des frühern schwarzen Arbeiters herabgedrückt wird, die erste, weil wir es den Klassen der Bevölkerung gegenüber, die nicht Unternehmer sind, für ungerecht halten, wenn das Arbeitskapital, das sie selbst auf ihre Kosten aufgezogen und angesammelt haben, der kleinen Klasse der Unternehmer unentgeltlich zu vorzeitiger Abnutzung überlassen wird. Eine solche Bevorzugung einer kleinen Gesellschaftsklasse auf Kosten aller übrigen, wie sie mit der jetzigen Gesellschaftsordnung verbunden ist, kann unmöglich Dauer haben, wie der brennende Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, aus dem die Sozialdemokratie hervorgegangen ist, zur Genüge beweist.

Wie kann nun diese Ungerechtigkeit und der offene Abgrund, der uns daraus entgegengähnt, beseitigt werden?

Wir wissen nur einen Weg dazu: wenn der zukünftige Unternehmer gesetzlich verpflichtet wird, das durch seine Arbeiterschaft dargestellte Arbeitskapital als mitbeteiligtes Aktienkapital aufzunehmen und an dem Reingewinn des Betriebes in demselben Prozentsatz wie sein Anlagekapital teilnehmen zu lassen. Wir wollen das an einem Beispiel erläutern. Der Betrieb der vielgenannten Firma Gebrüder Stumm zu Saarbrücken hat dem Vernehmen nach 20 000 Arbeiter. Wir nehmen die in einem zwanzigjährigen Arbeiter angesammelte ge-

gesellschaftliche Arbeit, an deren Aufsparrung sich Eltern, Kirche, Schule, Gemeinde und Staat beteiligt haben, zu tausend Mark an. Das würde für 20000 Arbeiter ein Gesamtarbeitskapital von 20 Millionen ergeben. Würde die Fabrik neu gegründet, so müßten diese 20 Millionen der Arbeiterschaft als Kredit neben dem übrigen Anlagekapital gutgeschrieben werden. Der einzelne Arbeiter erhielte selbstverständlich, da es sich bei diesem Kapital nicht um seine Ersparnisse, sondern um gesellschaftlich erspartes Arbeitskapital handelt, nur einen Anspruch auf die auf seinen Kapitalanteil fallende Dividende. Diese würde ihm alljährlich gutgeschrieben und von fünf zu fünf Jahren ausbezahlt. Bei einem selbstverschuldeten Austritt aus dem Betriebe vor Ablauf der fünfjährigen Zinsperiode ginge er seines Anteils zu Gunsten der übrigen Arbeiterschaft verlustig.

Auf diese Weise würde jeder Arbeiter von selbst Kapitalist, sein Interesse mit dem des Unternehmers aufs engste verknüpft und dadurch der große Riß zwischen Kapital und Arbeit am sichersten ausgeglichen werden. Gleichzeitig würde in die Arbeiterbevölkerung eine Stetigkeit und Seßhaftigkeit kommen, wie sie auf anderm Wege gar nicht zu erreichen wäre. Daß die gesetzliche Durchführung nur bei Anlegung neuer Betriebe möglich wäre, wollen wir nochmals betonen. Inwieweit seine Ausdehnung auf bestehende Betriebe vertragsweise möglich ist, brauchen wir hier nicht zu untersuchen.

Zum Schluß haben wir noch eine ernste Frage an die deutsche Schule zu richten: Wie ist es möglich, daß hunderttausende eben der Schule entwachsene Burschen alles, was ihnen die Schule an Idealen zu bieten hat, in kurzer Zeit in den Kot treten und einer sittlichen Verwilderung anheimfallen, die kaum noch vor Meineid und Mord halt macht? Wer sich diese Massenfrucht der deutschen Jugenderziehung vergegenwärtigt, wird notwendig zu der Überzeugung gelangen, daß in der Schule etwas faul sein müsse. Denn an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen! Niemand wird denn auch leugnen können, daß die deutsche Staatschule bisher nicht den schweren Anforderungen gewachsen gewesen ist, die die soziale Frage an sie stellt. Wir klagen nicht an, sondern wir sprechen nur eine Thatsache aus. Nach der Ursache haben wir bisher vergebens geforscht. Sind wirklich Stoff und Methode der heutigen Staatschule so verflacht, daß sie das Menschenherz nicht mehr dauernd mit Idealen zu erfüllen vermögen? Oder hat der eigne Mangel an Befriedigung, der die deutsche Lehrerwelt ob ihrer finanziell und sozial nicht genügend geregelten Stellung erfüllt, hier verhängnisvolle Früchte gezeitigt? Oder nimmt die Schule die Kinder zu früh auf und entläßt sie zu früh, ehe ihr Charakter soweit erstarkt ist, daß er dauernde Einwirkungen aus der Schule mit ins Leben hinausnimmt? Alle diese Fragen sind berechtigt, und es dürfte die höchste Zeit sein, daß sich ihnen die öffentliche Aufmerksamkeit zuwendet. Wer den Beruf hat, möge dabei vorangehen. Wir wollen uns hier nur offen zu

der Überzeugung bekennen, daß sich die sozialdemokratischen Thorheiten nur deshalb in Deutschland so massenhaft haben verbreiten können, weil der fortgesetzte Schuldrill, der nur auf formale Kenntnisse geht, das Gehirn des deutschen Jungen mehr rezeptiv zur Aneignung fremder Gedanken, als produktiv zu eigener Denkhätigkeit entwickelt hat.

Damit brechen wir ab. Die Sozialdemokratie hat keine Antwort gegeben auf die Frage nach ihrem Zukunftsstaat, richtiger nach der Gestalt, die sie der Gesellschaft nach dem großen Krach geben will. Auch die Marshaschindung, die die Gegner der Sozialdemokratie an ihren Irrlehren vollzogen haben, hat uns keinen Aufschluß darüber gegeben. Der Schluß des Kampfes war ein großes Vacuum. Wir haben den Versuch gewagt, dieses Vacuum auszufüllen durch die Gedanken, die sich uns bei dem Versuch, das soziale Problem auf dem Boden der jetzigen Gesellschaftsordnung zu lösen, aufgedrängt haben. Wir haben hierbei die Überzeugung gewonnen, daß sich der berechnete Kern der sozialdemokratischen Forderung in dem Rahmen der heutigen Gesellschaft sehr wohl erfüllen läßt, ohne daß wir den kleinsten Teil von dem zu opfern brauchen, was allen Deutschen bisher heilig war. Nur die Hand jammervoller Stümper konnte es wagen, an Thron, Altar, Vaterland, Familie, Ehe und Eigentum zu rütteln. Gewiß sind Bebel und Liebknecht glänzende und begabte Männer, aber ihre Begabung liegt in der Kritik. An positivem, fruchtbarem Denken hindert sie das Erbteil aller Autodidakten: Überschätzung ihres eignen Urteils, die sie nicht aus dem selbstgeschaffnen *circulus vitiosus* herauskommen läßt.

Man wird vielleicht alles, was wir positiv vorgebracht haben, als oberflächlich, längst dagewesen, unausführbar oder radikal sozialistisch und gefährlich bezeichnen. Jeder möge nach seinem Belieben damit verfahren! Wir sind darauf gefaßt. Eins dürfte aber doch dem Leser verbleiben: das Bewußtsein, daß die gegenwärtige rein politische Organisation der deutschen Reichsvertretung kaum imstande sein wird, den Anforderungen gerecht zu werden, die die Lösung der sozialen Frage an die Volksvertretung stellt. Diese Thatfache ist niemals beredter und schlagender zum Ausdruck gebracht worden, als in den klassischen Worten, mit denen der Reichstagspräsident die fünf-tägigen Kämpfe schloß: Wir gehn auf einen andern Gegenstand über.

